

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge einer Exkursion zu der o. a. Fa. vor mehreren Wochen wurde von verschiedenen Parteifreunden und auch von mir die Arbeitsweise in verschiedenen Betriebsbereichen (u. a. Produktion, Durchführung von Kontrollen und Abfallvorbehandlung) besichtigt. Wir waren direkt an den stark exponierten Arbeitsplätzen. Vor und nach der Besichtigung der einzelnen Bereiche wurden jeweils Kontrollmessungen am Körper und an unserer Bekleidung durchgeführt. Dabei haben sich keine Auffälligkeiten ergeben.

Sofern eine eventuelle Erweiterung oder Veränderung der Arbeitprozesse in dem schon genehmigten Rahmen stattfindet, werden wir keine zusätzlichen Maßnahmen fordern. Für den Fall, dass Änderungsgenehmigungen erforderlich werden sollten, wären selbige von den zuständigen Behörden zu versagen, wenn daraus Sicherheitsrisiken für die Nachbarschaft entstehen würden. Es wäre aber auch vorstellbar, dass beantragte Änderungsgenehmigungen erteilt werden, die mit Nebenbestimmungen versehen werden mit dem Ziel, Umweltbelastungen zu minimieren und die Nachbarschaft zu schützen.

#### **ANMERKUNG DER BISS:**

- Gerade der „schon genehmigte Rahmen“ ist aus unserer Sicht ein Problem, denn die Umgangsgenehmigungen ermöglichen es, mit dem 20fachen der bisherigen Aktivität zu hantieren.
- Das Sicherheitsrisiko für die Nachbarschaft ist bereits jetzt gegeben. Vergleiche dazu diverse Studien zum Thema Niedrigstrahlung (z.B. Schmitz-Feuerhake) sowie die Äußerungen des Ärzteverbandes IPPNW.
- „Nebenbestimmungen [...] mit dem Ziel, Umweltbelastungen zu minimieren und die Nachbarschaft zu schützen“ kann es hier kaum geben, denn jede Änderungsgenehmigung bedeutet eine Mehrbelastung der Bevölkerung, die bereits jetzt zu einem verschobenen Geschlechterverhältnis in der Bevölkerung geführt hat.

Bezüglich der Rückholung der verstrahlten Abfälle aus der Asse, ist noch gar nicht geklärt, ob sie zurückgeholt werden können. Mit einer Rückholung während der nächsten Legislaturperiode rechne ich nicht. Es werden z. Z. Probebohrungen durchgeführt. Ein zweiter Aufzugsschacht mit Aufzugsanlage muss genehmigt und anschließend gebaut werden. Wenn alles schnell geht, würde das etwa 5 Jahre dauern. Für den Fall, dass die verstrahlten Abfälle mit dieser neuen Aufzugsanlage aus dem Assebergwerk herausgeholt werden sollten, wären Sie auch vorort zu konditionieren (in einen sicheren Zustand zu bringen und sicher zu verpacken), da wir keinen "Risikomüll" über öffentliche Straßen oder das deutsche Eisenbahnschinnennetz von der Asse nach Wenden transportieren lassen können.

Was die laufende Überwachung und den sicheren Betrieb incl. Weiterentwicklung der Firma Eckert & Ziegler betrifft können Sie sich voll und ganz auf die Mitarbeiter in dem o. a. Betrieb - sie wollen sich ja selbst auch nicht in Gefahr bringen - und auf die stichprobenartigen behördlichen Kontrollen verlassen. Ich werde allerdings nicht zögern, einzugreifen, sobald es hier Mängel geben sollte (Kontrollfunktion des Landtages über die Organe der Exekutive). Das Instrumentarium reicht hier von "kleinen Landtagsanfragen" bis hin zu Misstrauensvoten mit dem Ziel, ggf. die Minister, die für gefährliche Versäumnisse verantwortlich sind, zu entlassen.

#### **ANMERKUNG DER BISS:**

- Die Arbeitsweise der einzelnen Mitarbeiter zweifeln wir nicht an, ebenso wenig deren Wunsch, sich nicht unnötig in Gefahr zu bringen. Allerdings glauben wir, dass jemand, der tagtäglich mit Gefahrstoffen umgeht, mit hoher Wahrscheinlichkeit Risiken ausblendet bzw. relativiert.
- Dass die behördlichen Kontrollen nur stichprobenartig (und auch nur auf Plausibilitätsbasis) erfolgen, sehen wir als großes Problem an. Wir fordern eine ständige Kontrolle und Offenlegung der Werte im Internet.
- Herr Rienitz meint es sicher gut, wenn er sogar die Möglichkeit von Misstrauensvoten ins Feld führt, aber diejenigen, die für die Thuner Gemengelage verantwortlich sind, sind längst nicht mehr im Amt.

Ein schönes Wochenende und einen guten Start in die 48. KW wünscht Ihnen

***Dipl.-Ing. Horst Rienitz***  
Landtagskandidat der FDP im Wahlkreis Gifhorn Süd